
Breitband Austria 2020

Backhaul BBA2020_B

Sonderrichtlinie zur Umsetzung
von Maßnahmen im Rahmen
des Masterplans zur
Breitbandförderung.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

www.bmvit.gv.at
www.breitbandfoerderung.at

Februar 2018

GZ BMVIT-630.075/0002-II/Stabst.IKI/2018

Diese Sonderrichtlinie wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen erlassen und vor Veröffentlichung dem Rechnungshof zur Kenntnis gebracht.

Inhalt

I. Präambel	3
II. Rechtsgrundlagen	5
III. Begriffsbestimmungen für Breitbandinfrastrukturen	6
IV. Ziele	8
V. Förderungsgegenstand, Förderungswerber, Förderungsart und -höhe	9
VI. Allgemeine Förderungsvoraussetzungen sowie allgemeine und besondere Förderungsbedingungen	11
VII. Förderbare Kosten	16
VIII. Ablauf der Förderungsgewährung	18
IX. Kontrolle, Auszahlung und Evaluierung	24
X. Geltungsdauer, Übergangs- und Schlussbestimmungen	27

I. Präambel

- a. Das Internet hat großen Einfluss auf die gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs. Das Wachstum der digitalen Wirtschaft basiert auf dichter Vernetzung, ausreichenden Übertragungskapazitäten, sicheren Verbindungen und preiswertem Equipment. Für die Zusammenarbeit entlang der digitalen Wertschöpfungskette ist ein zuverlässiger und hochwertiger Internet-Zugang Voraussetzung.
- b. Die „Breitbandstrategie 2020“ des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) analysiert die Rahmenbedingungen und verfolgt einen evolutionären Weg zur Verwirklichung der österreichischen Ziele.
- c. Die österreichische Bundesregierung forciert im Rahmen der „Breitbandstrategie 2020“ mit der „digitalen Offensive“ den wettbewerbsorientierten und technologieutralen Ausbau von flächendeckenden Breitband-Hochleistungsinfrastrukturen mit folgender ambitionierter Zielsetzung:
 - 2018 sollen in den Ballungsgebieten (etwa 70% der Haushalte) ultraschnelle Breitband-Hochleistungszugänge¹ zur Verfügung stehen.
 - 2020 soll eine nahezu flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit ultraschnellen Breitband-Hochleistungszugängen erreicht werden.
- d. Damit Haushalte und Unternehmen derartige Übertragungsraten tatsächlich flächendeckend nutzen können, sind auch im Bereich der Datenzubringung und Datenabführung (Backhaul) beziehungsweise der Anbindung lokaler Netze an die Kernnetze weitere Investitionen notwendig, die in Gebieten wo Marktversagen herrscht von den österreichischen Infrastrukturbetreibern nicht aufgebracht werden können.
- e. Die Breitbandstrategie 2020 mit der Zielsetzung des nahezu flächendeckenden Ausbaus der Verfügbarkeit von Zugängen mit über 100 Mbit/s bis 2020 ist auch Inhalt der „Digital Roadmap“, die bis 2025 den Weg zur „Gigabit-Gesellschaft“ vorzeichnet.
- f. Durch zahlreiche, über alle Wirtschaftssektoren verteilte Maßnahmen soll sich Österreich u.a. als Vorreiter bei der 5G-Entwicklung etablieren und ein neues Kapitel im Infrastrukturwettbewerb eröffnen.
- g. Die Breitbandstrategie ist auch eine der Grundlagen für den künftigen 5G-Rollout. Der sich in Entwicklung befindliche Mobilfunkstandard 5G wird im Zuge der Digitalisierung eine Schlüsseltechnologie darstellen. Höhere Datenraten, eine geringe Latenz und eine hohe Dichte an Endgeräten werden eine Vielzahl neuer Geschäftsmodelle ermöglichen. Die österreichische Strategie zur Einführung der 5. Generation im Mobilfunk (5G Strategie) baut dabei insbesondere auf die Verfügbarkeit von ultraschnellen Zugängen auf.
- h. Beihilfemaßnahmen leisten in diesem Zusammenhang einen Beitrag zur Erreichung der gemeinsamen europäischen Ziele und stimulieren das freie Spiel der Marktkräfte.

¹ „Ultraschneller Breitband-Hochleistungszugang“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet den strategisch angepeilten Wert für einen Internetzugang mit einer Downloadrate von mindestens 100 Mbit/s

- i. Als Richtschnur bei der Erstellung von Förderungsprogrammen dienen die „Breitbandleitlinien“ der Europäischen Kommission², die maßgeblich auf Transparenz, Zugangsoffenheit und Technologieneutralität abstellen. Förderungen müssen demnach zur Entstehung neuer Infrastrukturen führen, die sonst nicht geschaffen würden. Sie müssen ein Mehr an Kapazität und Geschwindigkeit auf den Breitbandmarkt bringen, und sie sollen zu niedrigeren Preisen, einer größeren Auswahl, besserer Versorgungsqualität und verstärkter Innovationstätigkeit beitragen.
- j. Die Sonderrichtlinie „Breitband Austria 2020_Backhaul“³ bildet den beihilfenrechtlichen Rahmen zur Ertüchtigung von bestehenden, nicht ausreichend leistungsfähigen Anbindungen auf Basis von Kupfer oder Richtfunk, von Insellösungen, Mobilfunkbasisstationen und lokalen Koaxial-Netzen mittels Glasfasertechnologie
- k. Die Förderungsmaßnahme richtet sich an Netzinvestoren, die durch Schließung der Lücken zwischen verkürzten Zubringerleitungen und Kernnetzen (Backbone) einer größeren Anzahl von Endnutzern in schlecht zu erschließenden Gebieten eine wesentliche Verbesserung der Versorgungslage ermöglichen.
- l. Die „digitale Offensive“ der österreichischen Bundesregierung umfasst ein Bündel an Förderungsinstrumenten, deren Wirkungszusammenhänge sich aus dem Masterplan zur Breitbandförderung erschließen, der auch den Planungshorizont für den Einsatz der bis 2020 disponierten Finanzmittel bildet:
- „Breitband Austria 2020_Access“ (kurz: BBA2020_A) hat die räumliche Ausdehnung von leistungsstarken Zugang Netzwerken im Fokus, zielt somit in Richtung einer verbesserten Abdeckung.
 - „Breitband Austria 2020_Backhaul“ (kurz: BBA2020_B) unterstützt die Verstärkung der Zubringernetze und die Anbindung von Insellösungen an die Kernnetze, Hauptstoßrichtung sind hohe symmetrische Übertragungsgeschwindigkeiten.
 - Mit dem „Breitband Austria 2020_Leerverrohrungsprogramm“ (kurz: BBA2020_LeRohr) soll die Mitverlegung von Leerverrohrungen für Kommunikationsnetze bei laufenden kommunalen Tiefbauarbeiten erleichtert werden.
 - „Breitband Austria 2020_Connect“ (kurz BBA2020_C) verfolgt das Ziel, bei Schulen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leistungsstarke Internetanbindungen zu schaffen.⁴
 - „Austrian Electronic Network“ (kurz: AT:net) – das Anwendungsförderungsprogramm zur Verbreiterung der Nutzung.⁵
- m. Zur Koordinierung der Förderungsinstrumente, zur Vorbereitung flankierender Maßnahmen, zur umfassenden Steuerung der Aktivitäten und zur Umsetzung von Leuchtturmprojekten mit dem Ziel der Verbesserung des Informationsstandes der Öffentlichkeit über Chancen und Risiken der Breitbandtechnologien, wird das Breitbandbüro im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie um ein „Kompetenzzentrum Breitband“ erweitert.

² Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Mitteilung der EK 2013/C 25/01)

³ BBA2020_B ist seit 2017 verstärkt auf die Steigerung der 5G-Readiness ausgerichtet.

⁴ BBA2020_C wird seit 2017 komplementär zu BBA2020_A auf De-minimis-Basis abgewickelt.

⁵ AT:net wurde 2016 an das Bundeskanzleramt (BKA) abgetreten.

II. Rechtsgrundlagen

Die Sonderrichtlinie Breitband Austria 2020_Backhaul (BBA2020_B) wird auf der Grundlage des § 4a des Telekommunikationsgesetzes 2003 (TKG 2003) erlassen.

Bei den nach dieser Sonderrichtlinie gewährten Mitteln handelt es sich um Förderungen gemäß § 4a TKG 2003, erster Gedankenstrich, auf die subsidiär die Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014), BGBl. II Nr. 208/2014 in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden sind.

Förderungen aufgrund dieser Sonderrichtlinie sind als staatliche Beihilfen im Sinne des EU-Beihilfenrechts anzusehen.

Die Sonderrichtlinie bildet samt allen Anhängen einen integrierenden Bestandteil der abzuschließenden Förderungsverträge.

Abweichende schriftliche oder mündliche Festlegungen sind unwirksam.

Weitere gesetzliche Bestimmungen, die zu beachten sind:

- Das Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999 in der jeweils geltenden Fassung.
- Das Bundesgesetz über die Gleichbehandlung (Gleichbehandlungsgesetz – GIBG), BGBl. I Nr. 66/2004, in der jeweils geltenden Fassung.
- Das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz – BGStG), BGBl. I Nr. 82/2005, in der jeweils geltenden Fassung
- Das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b des Bundeseinstellungsgesetzes (BEinstG). BGBl. Nr. 22/1970, in der jeweils geltenden Fassung (siehe: Verpflichtung gemäß § 8 Abs. 3 BGStG).

EU-Gemeinschaftsrecht:

- Artikel 107 bis 109 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Beschluss der Europäischen Kommission C(2015) 9686 vom 17. Dezember 2015 über die Vereinbarkeit der Beihilfe „SA.41175 – Broadband Austria 2020“ mit dem Binnenmarkt gem. Art. 107 und 108 AEUV.

Sprachliche Gleichbehandlung

Soweit in dieser Sonderrichtlinie auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Erstellung von Programmdokumenten sowie bei der Durchführung von Maßnahmen auf Basis dieser Sonderrichtlinie ist eine geschlechtssensible Sprache zu verwenden.

III. Begriffsbestimmungen für Breitbandinfrastrukturen⁶

a. Zugangnetz der nächsten Generation (NGA-Netz)

Leistungsfähiges Zugangnetz, das mindestens folgende Merkmale aufweist:

1. Es bietet durch optische (oder technisch gleichwertige) Netzelemente, die nahe genug an die Räumlichkeiten der Endkunden heranreichen, jedem Teilnehmer zuverlässig Hochgeschwindigkeitsdienste;
2. es unterstützt eine Vielfalt moderner Digitaldienste einschließlich konvergenter All-IP-Netz-Dienste und
3. es verfügt über deutlich höhere Up- und Download-Geschwindigkeiten (als Netze der Breitbandgrundversorgung).

Beim jetzigen Stand der Marktentwicklung und der Technik handelt es sich bei NGA-Netzen um FTTx-Netze (glasfaserbasierte Zugangnetze – vollständig bis zum Endkunden oder auf Teilstrecken), hochleistungsfähige modernisierte Kabelnetze (HFC) oder bestimmte hochleistungsfähige drahtlose Zugangnetze, die jedem Teilnehmer zuverlässig Hochgeschwindigkeitsdienste bieten.

b. Breitbandgrundversorgung, Netze der Breitbandgrundversorgung

Netze mit grundlegenden Funktionen, die auf technischen Plattformen wie ADSL-Netzen (bis hin zu ADSL2+), herkömmlichen Kabelnetzen (z.B. DOCSIS 2.0), Mobilfunknetzen der dritten Generation (UMTS) und satellitengestützten Systemen beruhen.

c. Passive, für Breitband geeignete Netzinfrastuktur

Breitbandnetze ohne aktive Komponenten; sie umfassen in der Regel Bauinfrastruktur, Leerrohre, unbeschaltete Glasfaserleitungen und Verteilerkästen.

d. Zugang auf Vorleistungsebene

Zugang, der es einem Betreiber ermöglicht, die Einrichtungen eines anderen Betreibers zu nutzen. Der möglichst umfassende Zugang, der über das betreffende Netz gewährt werden soll, muss mindestens folgende Netzzugangsprodukte umfassen:

1. Bei passiver Netzinfrastuktur: Zugang zu Leerrohren, entbündelter Zugang zu unbeschalteten Glasfaserleitungen.

⁶ Die hier angeführten Definitionen basieren auf den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt (AGVO) und sind im Kontext des geförderten Vorhabens zu berücksichtigen.

2. Bei FTTB- und FTTC-Netzen mittels xDSL-Technologie beziehungsweise bei FTTH-Netzen: Zugang zu Leerrohren, entbundelter Zugang zu unbeschalteten Glasfaserleitungen und virtuelle Entbündelung des Teilnehmeranschlusses.
3. Bei Kabelnetzen (HFC): Zugang zu Leerrohren, entbundelter Zugang zu unbeschalteten Glasfaserleitungen und Bitstreaming.
4. Bei mobilen oder drahtlosen Netzen: gemeinsame Nutzung der physischen Masten, Zugang zu Leerrohren und entbundelter Zugang zu unbeschalteten Glasfaserleitungen in den Backhaul-Netzen.

e. Physische Entbündelung

Entbündelung, die den physischen Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung ermöglicht.

f. Virtuelle Entbündelung⁷

Entbündelung, die es alternativen Anbietern ermöglicht, auf Basis eines Layer 2 (Ethernet-)Dienstes dem Endkunden eigene (Breitband)Produkte anzubieten.

g. Bitstreaming

Bitstromzugang, der es alternativen Anbietern ermöglicht, auf Basis eines Layer 3 (IP-)Dienstes dem Endkunden eigene (Breitband)Produkte anzubieten.

h. Baumaßnahmen

Bauarbeiten, die im Rahmen des Ausbaus eines Breitbandnetzes nötig sind – z.B. Grabungsarbeiten in einer Straße zur Verlegung von Leerrohren.

i. Leerrohre

Leitungsrohre, Kabelkanäle, Rohrverbände (z.B. Micro-Ducts) oder Durchführungen zur Unterbringung von Kommunikationsleitungen jedweder Art.

⁷ Siehe dazu auch Bescheid der Telekom-Control-Kommission vom 16.12.2013 (M 1.1./12-106) betreffend „physischer Zugang zu Netzinfrastrukturen“

IV. Ziele

Bis 2020 sollen nahezu flächendeckend Zugangsnetze der nächsten Generation (NGA-Netze) zur Verfügung stehen und damit die Verfügbarkeit von ultraschnellen Breitband-Hochleistungszugängen weitestgehend gegeben sein.

Regelungsziele und Indikatoren

Ziel von BBA2020_B ist daher eine wesentliche Verbesserung der Breitbandverfügbarkeit in jenen Gebieten, die nicht innerhalb von drei Jahren entsprechend über den Marktwettbewerb erschlossen werden.

Durch die Modernisierung bestehender Backhaul-Einrichtungen und durch den Aufbau und die Anbindung neuer Mobilfunkbasisstationen sollen bestehende oder künftig zu errichtende NGA-Netze mit ausreichender Kapazität versorgt werden können. Die auf Kupfer-, Koaxial-Leitungen oder Funk basierenden Anbindungen (Points of Presence – PoP) sind derart aufzurüsten, dass ultraschnelle Breitband-Hochleistungszugänge⁸ ermöglicht werden.

Indikator einer wesentlichen Verbesserung ist das Ausmaß der Steigerung der Anzahl von Backhaul-Anbindungen, die ultraschnelle Endkundenanschlüsse ermöglichen; der in Tabelle 1 angegebene Zielpfad bildet dabei die Untergrenze.

	Phase 1		Phase 2		Phase 3	
Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020
%	45	50	55	60	65	>70

Tabelle 1: Steigerung der Hochleistungs-PoP-Anbindungen⁹

Begleitmaßnahmen

Bewusstseinsbildende Begleitmaßnahmen können im Sinne des Masterplans zur Breitbandförderung zur Verbesserung des Wissens über Chancen und Risiken von Breitbandtechnologien beitragen. Interessierten Bevölkerungsschichten kann damit eine auf objektivierbarer Information basierende kritische Auseinandersetzung ermöglicht und eine fundierte Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt werden, was auch als Beitrag zur digitalen Integration zu verstehen ist.

Die Erkenntnis über den Nutzen von Breitbandanwendungen stärkt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Angeboten und reduziert letztlich den Bedarf an Förderungen. Die Zielsetzung von BBA2020_B soll daher durch Beauftragung von bewusstseinsbildenden Begleitmaßnahmen seitens der haushaltsführenden Stelle¹⁰ im Ausmaß von maximal 2% des jährlich zur Verfügung stehenden Programmbudgets flankierend unterstützt werden.

⁸ „Ultraschneller Breitband-Hochleistungszugang“ im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet den strategisch angepeilten Wert für einen Internetzugang mit einer Downloadrate von mindestens 100 Mbit/s

⁹ Schätzungen aus 2014 beziffern die österreichweit mit Glas angebundenen Hochleistungs-PoPs mit etwa 7500 (entspricht dem Ausgangswert von 45%).

¹⁰ Haushaltsführende Stelle im Sinne dieser Sonderrichtlinie ist das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)

V. Förderungsgegenstand, Förderungswerber, Förderungsart und –höhe

a. Förderungsgegenstand

Förderungsgegenstand sind Investitionsvorhaben betreffend den Ausbau hochleistungsfähiger Backhaul-Anbindungen von Inzellösungen, bestehenden und neuen Mobilfunkbasisstationen und von lokalen Netzen, durch die Lücken im Hinblick auf die flächendeckende Errichtung von NGA-fähigen Breitbandinfrastrukturen¹¹ geschlossen werden.

Bei Mobilfunkbasisstationen umfassen die förderungsfähigen Kosten auch Antennentragemasten und die für den Betrieb erforderliche passive Infrastruktur.

b. Förderungswerber

Förderungswerber müssen außerhalb der österreichischen Bundesverwaltung stehende natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften des Zivil- und Unternehmensrechts mit Niederlassung in Österreich sein.

Förderungswerber sind Bereitsteller eines Kommunikationsnetzes oder Betreiber eines Kommunikationsdienstes und müssen die Bestimmungen des 3. Abschnitts TKG 2003 betreffend Kommunikationsnetze und –dienste einhalten.

c. Förderungsart

Bei Förderungen nach dieser Richtlinie handelt es sich um Einzelförderungen, die in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt werden.

Die Projektlaufzeit ist mit maximal drei Jahren zu begrenzen; eine Verlängerung um ein Jahr ist unter den Bedingungen gem. IX c) möglich.

d. Förderungshöhe

Die Höhe der Förderung richtet sich nach der Förderungswürdigkeit und dem Förderungsbedarf des Vorhabens. Die Förderungswürdigkeit ergibt sich durch Erfüllung der in Kapitel VI. beschriebenen Voraussetzungen und Bedingungen, der Förderungsbedarf wird im Rahmen eines in Kapitel VIII. beschriebenen Auswahlverfahrens ermittelt.

¹¹ Als Errichtung von NGA-fähiger Breitbandinfrastruktur gelten auch Maßnahmen, die erst zukünftig ein Netz im technischen Sinn ergeben.

e. Förderungssatz

Der Förderungssatz ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Investitionskostenzuschuss und förderungsfähigen Projektkosten. Förderungen des Bundes können im Rahmen dieser Sonderrichtlinie maximal 50 % der förderungsfähigen Projektkosten betragen.

Andere Rechtsträger können Zuschläge zur Bundesförderung gewähren.

f. Kumulierung von Förderungsmitteln

Zur Förderung werden Bundesmittel eingesetzt. Sofern auch andere Rechtsträger den Förderungswerber für dieselbe Leistung, wenn auch mit verschiedener Zweckwidmung, zu fördern beabsichtigen, haben sie sich vor Gewährung einer Förderung mit der haushaltsführenden Stelle abzustimmen.

Keinesfalls dürfen die durch den Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen festgelegten Höchstbeihilfebeträge und Beihilfeintensitäten überschritten werden.

g. Förderungsgebiet

Das Förderungsgebiet umfasst jene Teile des österreichischen Bundesgebiets, wo auf Basis von Markterhebungen¹² keine Breitband-Hochleistungszugänge verfügbar sind, beziehungsweise wo nach Konsultation der Betreiber auch in den nächsten drei Jahren, unter Nutzung sämtlicher regulatorischer Mittel sowie vorhandener geeigneter Infrastrukturen für Kommunikationslinien¹³, kein entsprechender Ausbau von Breitband-Hochleistungszugängen vorzusehen ist.

Das Förderungsgebiet ist aus der Breitbandkarte ersichtlich, die von der haushaltsführenden Stelle im Zuge eines Aufrufs zur Einreichung (Call) veröffentlicht wird (GIS-Datensätze).

¹² Ergebnis der Markterhebungen auf www.breitbandfoerderung.at

¹³ Gemäß §§ 8, 9 und 12a Telekommunikationsgesetz 2003 i.d.G.F.

VI. Allgemeine Förderungsvoraussetzungen sowie allgemeine und besondere Förderungsbedingungen

Ein dem Grund oder der Höhe nach bestimmter subjektiver Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung oder ein Kontrahierungszwang seitens des Bundes wird durch diese Sonderrichtlinie nicht begründet.

a. Förderungsausschluss

Von der Gewährung einer Förderung nach dieser Richtlinie sind Unternehmen ausgeschlossen,

- die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind;
- die sich in Schwierigkeiten befinden, wie in den EU-Leitlinien 2014/C 249/01¹⁴ unter RZ 20 näher ausgeführt ist;
- bei denen eine unzulässige Mehrfachförderung festgestellt wurde;
- bei denen andere gesetzliche Ausschlussgründe vorliegen.

b. Gesamtfinanzierung

Die Durchführung des Vorhabens darf ohne Förderung nicht oder nicht im notwendigen Umfang möglich sein. Unter Berücksichtigung der Förderung muss das Vorhaben aber als finanziell gesichert erscheinen. Dies ist durch geeignete Unterlagen, insbesondere durch einen Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan nachzuweisen.

c. Eigenleistung

Die Förderung erfolgt unter der Voraussetzung einer angemessenen Eigenleistung des Förderungswerbers, die mindestens 25 % der förderbaren Kosten betragen muss. Eigenleistungen sind sowohl Eigenmittel im engeren Sinn als auch eigene Sach- und Arbeitsleistungen, Kredite oder Beiträge Dritter.

¹⁴ Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nicht finanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten

d. Befähigung des Förderungswerbers

Die Gewährung einer Förderung setzt voraus, dass aufgrund der Angaben und Nachweise im Förderungsansuchen und mangels gegenteiliger Hinweise

1. von einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung ausgegangen werden kann;
2. eine ordnungsgemäße Durchführung der geförderten Leistung zu erwarten ist, insbesondere aufgrund der vorliegenden fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen,
3. kein gesetzlicher Ausschlussgrund vorliegt, und
4. keine in dieser Sonderrichtlinie genannten Ausschlussgründe vorliegen.

e. Förderungsansuchen

Die Gewährung einer Förderung setzt voraus, dass Förderungswerber bei der Abwicklungsstelle fristgerecht ein Förderungsansuchen einbringen, das alle zur Prüfung der Förderungsfähigkeit, der Förderungswürdigkeit und des Förderungsbedarfs notwendigen Unterlagen umfasst, insbesondere einen der Eigenart des Vorhabens entsprechenden Leistungs-, Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan samt Eigenleistungen.

Die Einbringung des Förderungsansuchens kann auch über eine elektronische Anwendung erfolgen, die von der Abwicklungsstelle bereitgestellt wird. Dabei können bestehende elektronische Anwendungen, die den Anforderungen des § 23 (8) ARR 2014 nicht entsprechen, bis zur Umsetzung weiter genutzt werden. Die Abwicklungsstelle gibt in geeigneter Weise bekannt, wann und auf welche Weise auch eine elektronische Antragstellung möglich ist.

Im Förderungsansuchen ist insbesondere nachvollziehbar darzustellen, dass

1. das zu fördernde Vorhaben eine wesentliche Verbesserung der Backhaul-Anbindung erwarten lässt, d.h. dass am Erschließungsort bzw. im förderungsfähigen Streckenabschnitt technologisch unzureichende Lösungen (Kupferleitungen, Koaxial-Leitungen oder Funkstrecken) ersetzt und Neuanbindungen ermöglicht werden bzw. symmetrische Datenübertragungsraten von mehreren Gbit/s erreicht werden können,
2. im Falle der Errichtung von neuen Mobilfunkbasisstationen die Anbindung symmetrische Datenübertragungsraten von mehreren Gbit/s ermöglicht,
3. die Durchführung des Vorhabens ohne Förderung nicht oder nur unzureichend möglich ist;
4. die Durchführung des Vorhabens unter Einrechnung der Förderung finanziell gesichert ist.

Mit dem Förderungsansuchen haben Förderungswerber auch Auskunft darüber zu geben, welche Förderungen für dieselbe Leistung, wenn auch mit verschiedener Zweckwidmung, aus öffentlichen Mitteln (einschließlich EU-Mitteln) in den letzten drei Jahren gewährt wurden, und um welche derartige Förderungen bei einer anderen haushaltsführenden Stelle des Bundes oder einem anderen Rechtsträger (einschließlich anderen Gebietskörperschaften und der Europäischen Union) angesucht wurde, über deren Gewährung aber noch nicht entschieden wurde, oder die von diesen bereits gewährt oder in Aussicht gestellt wurden.

Die Antragstellung beinhaltet das Einverständnis, dass alle im Zusammenhang mit der Förderung bekannt gewordenen Daten von der haushaltsführenden Stelle bei der Erstellung der Breitbandkarte

(Förderungsgebiete) und des Breitband-Atlas gespeichert und genutzt sowie an die Zentrale Informationsstelle für Infrastrukturdaten (ZIS) weitergegeben werden.

Allgemeine Förderungsbedingungen

Sofern die Eigenart der dieser Förderung zugrundeliegenden Leistung nicht gesondert zu regelnde Ergänzungen und/oder Abweichungen erfordert, ist die Gewährung einer Förderung davon abhängig zu machen, dass sich Förderungswerber verpflichtet, insbesondere

1. mit der Durchführung der Leistung gemäß dem vereinbarten Zeitplan, ansonsten unverzüglich nach Gewährung der Förderung zu beginnen, die Leistung zügig durchzuführen und diese innerhalb der vereinbarten, ansonsten innerhalb einer angemessenen Frist abzuschließen;
2. der Abwicklungsstelle oder der haushaltsführenden Stelle, alle Ereignisse, welche die Durchführung der geförderten Leistung verzögern oder unmöglich machen, oder eine Abänderung gegenüber dem Förderungsansuchen oder vereinbarten Auflagen und Bedingungen erfordern würde, unverzüglich und aus eigener Initiative anzuzeigen und seinen Mitteilungspflichten jeweils unverzüglich nachzukommen;
3. Organen oder Beauftragten des Bundes und der Europäischen Union Einsicht in seine Bücher und Belege sowie in sonstige der Überprüfung der Durchführung der Leistung dienende Unterlagen bei sich selbst oder bei Dritten und die Besichtigung an Ort und Stelle zu gestatten oder auf deren Verlangen vorzulegen, ihnen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder erteilen zu lassen und hierzu eine geeignete Auskunftsperson bereitzustellen, wobei über den jeweiligen Zusammenhang dieser Unterlagen mit der Leistung das Prüforgan entscheidet;
4. alle Bücher und Belege sowie sonstige in Z 3 genannten Unterlagen zehn Jahre ab dem Ende des Jahres der Auszahlung der gesamten Förderung, mindestens jedoch ab der Durchführung der Leistung, sicher und geordnet aufzubewahren (sofern unionsrechtlich darüber hinausgehende Fristen gelten, kommen diese zur Anwendung);
5. zur Aufbewahrung grundsätzlich auch geeignete Bild- und Datenträger zu verwenden, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist. In diesem Fall sind die Förderungswerber zu verpflichten, auf ihre Kosten alle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen lesbar zu machen und, soweit erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare dauerhafte Wiedergaben beizubringen sowie bei Erstellung von dauerhaften Wiedergaben diese auf Datenträgern zur Verfügung zu stellen;
6. bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Leistungen unbeschadet der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006 (BVerG 2006), BGBl. I Nr. 17, zu Vergleichszwecken nachweislich mehrere Angebote einzuholen, soweit dies im Hinblick auf die Höhe des geschätzten Auftragswertes zweckmäßig ist;
7. Förderungsmittel des Bundes unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einzusetzen und in seiner gesamten Gebarung diese Grundsätze zu befolgen;
8. Förderungsmittel des Bundes nicht zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommensteuergesetz 1988, (EStG 1988), BGBl. Nr. 400, oder dem Unternehmensgesetzbuch, dRGBI S 219/1897 zu verwenden;

9. über die Durchführung der Leistung unter Vorlage eines Verwendungsnachweises innerhalb der vereinbarten Fristen zu berichten;
10. über den Anspruch aus einer gewährten Förderung weder durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung noch auf andere Weise zu verfügen¹⁵
11. die Rückzahlungsverpflichtungen (gem. Pkt. VIII f) zu übernehmen;
12. eine hinreichende Sicherstellung für allfällige Rückzahlungs- und Abgeltungsverpflichtungen zu bieten;
13. das Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. I Nr. 66/2004, zu beachten, sofern es sich um die Förderung eines Unternehmens handelt, und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005, sowie das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b des Behinderteneinstellungsgesetzes (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, zu berücksichtigen.

Betriebspflicht, Nutzung und Instandhaltung, Veräußerungsverbot

Förderungsnehmer müssen sicherstellen, dass die geförderte Investition während der ab der Letztzahlung beginnenden Betriebspflicht von sieben Jahren ordnungsgemäß und den Förderungszielen entsprechend genutzt und instand gehalten wird; weiters darf zehn Jahre ab Beginn der Betriebspflicht die Betriebsstätte nicht an einen Standort außerhalb der Europäischen Union verlagert werden.

Besondere Förderungsbedingungen

Die Eigenart der zu fördernden Leistung und der wirtschaftliche, sparsame und zweckmäßige Einsatz von Bundesmitteln erfordert, dass vor Gewährung einer Förderung folgende weitere Bedingungen erfüllt sind:

1. Bei der dem Förderungsansuchen zugrundeliegenden Planung wurden die im Ausbaugbiet vorhandenen mitnutzbaren Infrastrukturen fremder Eigentümer oder Nutzungsberechtigter berücksichtigt, soweit dies wirtschaftlich zumutbar und technisch vertretbar war.
2. Das Förderungsansuchen beinhaltet ein schriftliches Standardangebot¹⁶, das zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen einen umfassenden „Zugang auf Vorleistungsebene“¹⁷ gewährleistet.

Zur Sicherstellung eines fairen und diskriminierungsfreien Zugangs müssen Kabelschutzrohre mit einer ausreichenden Anzahl von eingeblasenen Mikrorohren oder direkt eingezogenen LWL-

¹⁵ Eine Veräußerung von geförderter Infrastruktur ist ausschließlich gem. VIII f) dieser Sonderrichtlinie zulässig.

¹⁶ Ein Standardangebot hat zumindest die nachfolgend genannten Mindestinhalte aufzuweisen: 1. Detaillierte Aufgliederung der angebotenen Vorleistungen sowie das jeweils dafür zu entrichtende Entgelt; 2. Regelungen über die Bereitstellung von Informationen über die Lage und Beschaffenheit von Kabelkanälen bzw. unbeschalteten Glasfasern und deren Zugangspunkte inkl. Regelungen betreffend die Besichtigung vor Ort; 3. Prozedere hinsichtlich Bestellung, Bereitstellung und Kündigung der Vorleistungen inkl. Fristen; 4. Bestimmungen betreffend Standardqualität bzw. gegebenenfalls erweiterte Qualität in Form von Service Level Agreements (Bereitstellung, Entstörungsbedingungen, Reaktionszeiten, Verfügbarkeit) einschließlich Regelungen über Störungsbehebungsprozesse; 5. Technische Spezifikation und Regelungen des Zugangs zu relevanten Schaltstellen bzw. Anschaltspunkte einschließlich Regelungen zu Kollokation, Übertragungssystemen und gegebenenfalls Netzverträglichkeit (Endgeräte).

¹⁷ Siehe Begriffsbestimmungen in Kapitel III.

Kabeln bzw. erdverlegbare Mikrorohrverbände verwendet werden, die ausreichende Kapazitäten sowie Zugangspunkte für die Mitbenutzung durch Dritte vorsehen.¹⁸

Der umfassende Zugang zu Leerrohren, unbeschalteten Glasfaserleitungen und Masten muss unbefristet gewährt werden.

3. Das Förderungsansuchen umfasst GIS-Daten sowohl zur Lage und technischen Spezifizierung der im Ausbaubereich vor und nach dem Ausbau verfügbaren eigenen Infrastrukturen – diese können in den Breitbandatlas des BMVIT übernommen und an die Zentrale Informationsstelle für Infrastrukturdaten (ZIS) übertragen werden.

Die GIS-Daten sind vom Förderungswerber mit Abgabe des Förderungsansuchens in der vom BMVIT zur Verfügung gestellten Web-GIS-Applikation eingegeben.¹⁹

Anrufung der nationalen Regulierungsbehörde

Wenn bei der Prüfung des Förderungsansuchens Zweifel über die Angemessenheit bzw. die Zweckmäßigkeit des Standardangebots bzw. eines Angebots auf Zugang aufkommen, kann die haushaltsführende Stelle bzw. die von ihr beauftragte Abwicklungsstelle der Regulierungsbehörde das Standardangebot zur Prüfung vorlegen.

Kommt es zwischen dem Förderungswerber und einem betreffend Zugang beziehungsweise Überlassung nachfragenden Bereitsteller eines öffentlichen Kommunikationsnetzes zu keiner Einigung, kann jeder der Beteiligten nach Maßgabe der Bestimmungen des TKG 2003 die Regulierungsbehörde anrufen.

¹⁸ Als Grundlage ist die „Technische Verlegeanleitung zur Planung und Errichtung von Telekommunikations-Leerrohr-Infrastrukturen“ heranzuziehen, die auf der Website des BMVIT heruntergeladen werden kann.

¹⁹ Zugang zur Web-GIS-Applikation unter www.breitbandfoerderung.at

VII. Förderbare Kosten

Förderbar sind nur jene Kosten, die unmittelbar mit der geförderten Leistung in Zusammenhang stehen und in jenem Ausmaß, als sie zur Erreichung des Förderungsziels unbedingt erforderlich sind. Das sind alle dem geförderten Vorhaben zurechenbaren Ausgaben bzw. Aufwendungen, die direkt, tatsächlich und zusätzlich zum herkömmlichen Betriebsaufwand während der Dauer des geförderten Vorhabens entstehen. Vorarbeiten wie z.B. die Einholung von Genehmigungen oder die Erstellung von Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Als frühester Zeitpunkt für die Kostenanerkennung gilt das von der Abwicklungsstelle in ihrem Bestätigungsschreiben über die Annahme des Förderungsansuchens genannte Datum.

Die Angemessenheit der geplanten Ausgaben bzw. Aufwendungen ist durch die Abwicklungsstelle vor Ausstellung des Förderungsangebots zu prüfen.

Förderbare Aufwendungen des Förderungsnehmers sind mit geeigneten und den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Originalbelegen nachzuweisen, externe Kosten durch Rechnungen, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Das Investitions-, Finanzierungs- und Betriebsrisiko verbleibt beim Förderungsnehmer.

Förderbare Kosten sind:

- a. Investitionskosten²⁰ für die Verstärkung der Zubringernetze sowie für die Anbindung von Insellösungen und für die Errichtung neuer Versorgungsstandorte an die Kernnetze (Backhaul-Anbindungen). In der Regel sind das Baukosten und Anschaffungskosten für Bauteile der passiven Kommunikationsinfrastruktur.

Als Investitionskosten können auch anteilige Kosten anerkannt werden, die außerhalb des Förderungsgebiets angefallen sind. Dazu muss bereits im Förderungsansuchen deren Auswirkung auf die Investition im Förderungsgebiet begründet und quantifiziert worden sein.

- b. Investitionsbezogene Eigenleistungen in Form von Arbeitsleistungen und Materialentnahmen; sie müssen zu ihrer Anerkennung durch Vorlage von Aufzeichnungen glaubhaft gemacht werden.

Die Plausibilität der eingereichten Kosten kann anhand von Pauschalkostensätzen oder Standardkostenmodellen überprüft werden, die im Zusammenwirken von haushaltsführender Stelle und Abwicklungsstelle festzulegen sind.

Für zugekaufte Leistungen von verbundenen Unternehmen gelten dieselben Regelungen wie für Förderungsnehmer. Zusätzlich müssen sie die Zahlung oder Gegenverrechnung belegen und dürfen keine Gewinnaufschläge, Verwaltungsaufschläge o.ä. ansetzen.

²⁰ Investitionskosten i.S. dieser Richtlinie sind aktivierungsfähige Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von dauerhaften Wirtschaftsgütern.

Umsatzsteuer

Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist keine förderbare Ausgabe. Sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig vom Förderungsnehmer zu tragen ist, somit für ihn keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, kann sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt werden.

Sollte eine Förderung seitens des Finanzamtes wegen des Vorliegens einer nach dem Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, steuerbaren und steuerpflichtigen Leistung der Förderungsnehmerin oder des Förderungsnehmers an den Förderungsgeber nicht als Förderung, sondern als Auftragsentgelt angesehen werden und dafür von der Förderungsnehmerin oder vom Förderungsnehmer eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen sein, ist vorzusehen, dass dieses Auftragsentgelt als Bruttoentgelt anzusehen ist. Eine zusätzliche, gesonderte Abgeltung der Umsatzsteuer – aus welchem Rechtsgrund immer – ist somit ausgeschlossen.

Nicht anrechenbare Kosten sind insbesondere:

1. Gemeinkosten
2. Kosten für Sachleistungen, Prämien und andere Sozialleistungen
3. Rücklagen und personalbezogene Rückstellungen
4. Abfertigungen
5. Verwaltungsverfahrenskosten und Gerichtskosten
6. Notariatsgebühren, Anwaltskosten, Steuerberatungs- und sonstige Beratungskosten
7. Finanzierungskosten, Geldverkehrs- und Mahnspesen
8. Versicherungskosten
9. Lizenzgebühren
10. Leasingraten
11. Steuern, öffentliche Abgaben und Gebühren
12. Kosten für Frequenzen
13. Kosten für die Mitbenutzung von Infrastruktur
14. Kosten für aktive Netzelemente inkl. Ausstattung beim Kunden (z.B. Kabelmodems, Endgeräte u.ä.)
15. Kosten für nicht netzwerktechnische Komponenten und die dafür erforderliche Software
16. Kosten für Grunderwerb
17. Kosten für die Einräumung von Servituten oder Leitungsrechten
18. Nicht bezahlte Rechnungs-Teilbeträge (z.B. Schadenersatzforderungen, Skonti, Rabatte)
19. Kosten, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem zu fördernden Vorhaben stehen
20. Kosten, die aufgrund EU-wettbewerbsrechtlicher Bestimmungen nicht als förderbare Kosten gelten (z.B. Vertriebskosten)

Überschreitet die Amortisationsdauer einer Sache, die zur Durchführung der Leistung angeschafft wurde, den Zeitraum der Leistung, darf maximal jener Kostenanteil gefördert werden, der der Abschreibung nach dem EStG 1988 für den Leistungszeitraum entspricht.

Förderbare Investitionskosten und investitionsbezogene Eigenleistungen sind unabhängig von der Amortisationsdauer in Höhe der aktivierungsfähigen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten förderbar.

VIII. Ablauf der Förderungsgewährung

Eine Förderung darf nur schriftlich und mit solchen Auflagen und Bedingungen gewährt werden, die der Eigenart der zu fördernden Leistung entsprechen und die überdies sicherstellen, dass die Förderungsmittel nur in dem zur Erreichung des angestrebten Erfolges unumgänglich notwendigen Umfang eingesetzt werden.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) als haushaltsführende Stelle schließt die Abwicklung betreffend einen Ausführungsvertrag mit einem geeigneten Rechtsträger (Abwicklungsstelle).

a. Aufruf zur Einreichung (Call)

Mindestens einmal pro Jahr wird seitens der Abwicklungsstelle ein Aufruf zur Einreichung von förderbaren Vorhaben durchgeführt. Um potenziellen Interessenten volle Transparenz zu gewährleisten, werden mindestens folgende Inhalte auf der Website www.breitbandfoerderung.at veröffentlicht:

1. Inhalt und Ziele des Förderungsprogramms
2. Art und Umfang der Förderung (allenfalls die Möglichkeit der Zuerkennung von Teilleistungen)
3. Förderungsgebiet (Breitbandkarte)
4. Beurteilungskriterien (Auswahlverfahren)
5. Hinweise zur Abwicklung (Abgabestelle, Fristen etc.)

Im Zuge eines Calls können in Abstimmung mit der haushaltsführenden Stelle Mindest- bzw. Maximalprojektgrößen festgelegt werden.

b. Entgegennahme des Förderungsansuchens

Förderungsansuchen sind vollständig auszufüllen und bei der Abwicklungsstelle fristgerecht einzubringen; dies kann auch mittels einer elektronischen Anwendung erfolgen. Die Entgegennahme der Förderungsansuchen erfolgt durch die Abwicklungsstelle und wird von dieser schriftlich bestätigt. Das Datum der schriftlichen Bestätigung markiert den frühesten Zeitpunkt für eine Kostenanerkennung.

Förderungsansuchen sind in ihren wesentlichen Teilen in deutscher Sprache abzufassen. Technische Beschreibungen können auch in englischer Sprache akzeptiert werden.

Förderungsansuchen umfassen einen der Eigenart des Vorhabens entsprechenden Leistungs-, Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan (der auch allfällige Eigenleistungen umfasst), sowie alle sonstigen auf die geförderte Leistung Bezug habenden und zur Feststellung der Förderungswürdigkeit bzw. zur Ermittlung des Förderungsbedarfs erforderlichen Unterlagen.

Förderungsansuchen müssen jedenfalls folgende Angaben beinhalten:

1. Name, Standort und Betriebsgröße des Unternehmens
2. Beschreibung des Vorhabens
3. Streckenabschnitt und Erschließungsort des Ausbaivorhabens (GIS-Daten)
4. Leistungs-, Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan des Vorhabens sowie der daraus abgeleitete Förderungsbedarf
5. Ausmaß der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung

6. Angaben über beabsichtigte, laufende oder bereits erledigte Förderungsanträge bei anderen Rechtsträgern, die dasselbe Projekt bzw. Teile davon betreffen.
7. Angaben zur Richtigkeit und Vollständigkeit im Sinne der mitunterfertigten Verpflichtungserklärung

c. Auswahlverfahren

Das Auswahlverfahren muss allen Förderungswerbern eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Behandlung gewährleisten. Dazu sind der Ablauf des Bewertungs- und Entscheidungsvorgangs, die Bewertungs- und Entscheidungskriterien sowie die Art und Weise der Beiziehung von unabhängigen Fachgutachtern/innen in einem Bewertungshandbuch festzulegen, das von der haushaltsführenden Stelle erstellt und veröffentlicht wird.

Die Prüfung und Beurteilung der Förderungsansuchen hinsichtlich Förderungsfähigkeit und Förderungswürdigkeit erfolgt im Wege einer Formalprüfung und einer anschließenden Bewertung anhand von objektivierbaren Qualitätskriterien.

Alle mit der Prüfung und Beurteilung von Förderungsansuchen beauftragten Personen unterliegen einem strengen Verschwiegenheitsgebot.

Die Formalprüfung umfasst:

1. Das Ansuchen wurde formal richtig und vollständig eingebracht.
2. Die unterfertigte Verpflichtungserklärung liegt bei.
3. Das Leistungsverzeichnis wie auch der Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan sind vollständig vorhanden.
4. Die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit erscheint gegeben.

Das Ergebnis der Formalprüfung wird schriftlich festgehalten.

Bei unvollständigen Förderungsansuchen ist eine angemessene Frist zur Behebung der Mängel einzuräumen. Kommt keine Verbesserung zustande, so ist das Förderungsansuchen dem Förderungswerber zurückzusenden und außer Evidenz zu nehmen.

Förderungsansuchen, welche die formalen Anforderungen erfüllt haben, werden durch eine bei der Abwicklungsstelle eingerichtete Bewertungsjury nach den folgenden im Bewertungshandbuch ausführlich beschriebenen Qualitätskriterien bewertet.

Die Qualitätskriterien sind:

1. Planungsqualität
 - 1.1. Relevanz der PoP-Anbindung für bestehende und neue Zugänge
 - 1.2. Trassenführung und PoP für Mehrfachnutzung optimiert
2. Regionale Relevanz
 - 2.1. Zusatznutzen durch Abdeckung in der Fläche
 - 2.2. Berücksichtigung von Standortfaktoren
 - 2.3. Regionalökonomische Aspekte

3. Wirtschaftlich günstigstes Angebot
 - 3.1. Verhältnis zwischen Förderungsbedarf und förderbaren Gesamtkosten
 - 3.2. Kostenreduktion aufgrund der Nutzung von Mitverlegungsmöglichkeiten
4. Standardangebot
 - 4.1. Zugangspunkte für Mitnutzung oder Überlassung
 - 4.2. Anzahl der frei verfügbaren Dark Fibres unter Berücksichtigung des überregionalen Bedarfs

Im Zuge der Bewertung werden zu jedem Kriterium Punkte vergeben. Für jedes Kriterium muss eine Mindestpunktzahl erreicht bzw. überschritten werden. Es können nur Vorhaben gefördert werden, die in Summe mindestens 50 % der maximal möglichen Punkte erreichen.

Bewertungsjury

Die Bewertungsjury ist bei der Abwicklungsstelle eingerichtet und wird von mindestens drei unabhängigen Experten/innen gebildet, die im Zuge eines Aufrufs aus einem Experten-Pool nominiert werden. Der Experten-Pool ist im Vorfeld von der haushaltsführenden Stelle auf Vorschlag der Abwicklungsstelle einzurichten, wobei die Bundesländer Experten/innen nominieren können.

Die Bewertungsjury hält die ermittelten Ergebnisse in einem schriftlichen Protokoll fest. Die Abwicklungsstelle erstellt aus dem Protokoll der Bewertungsjury eine begründete Förderungsempfehlung an die haushaltsführende Stelle; diese kann auch Vorschläge für Auflagen und/oder Bedingungen zur Erhöhung der Förderungswirkung beinhalten. Der begründeten Förderungsempfehlung ist das Protokoll der Bewertungsjury anzuschließen.

d. Entscheidung über das Förderungsansuchen

Die Entscheidung über die Gewährung einer Förderung oder über die Ablehnung eines Ansuchens erfolgt durch den/die Bundesminister/in für Verkehr, Innovation und Technologie auf Grundlage einer begründeten Förderungsempfehlung der Abwicklungsstelle.

Die Abwicklungsstelle wird ihrerseits von der haushaltsführenden Stelle unverzüglich über die Förderungsentscheidung des/der Bundesministers/in informiert.

Die Förderungsentscheidung wird dem Förderungswerber durch die Abwicklungsstelle schriftlich mitgeteilt, im Falle einer Ablehnung unverzüglich und unter Angabe der dafür maßgeblichen Gründe, ansonsten in Form eines innerhalb von längstens drei Monaten ergehenden Förderungsangebots.

e. Förderungsangebot / Förderungsvertrag

Das Förderungsangebot enthält die detaillierten, unter VI. angeführten Förderungsbedingungen sowie Förderungsauflagen und kann sich allenfalls auf Teilleistungen auf der Ebene von Gemeindegebieten beziehen.

Das Förderungsangebot bedarf der schriftlichen Annahme durch den Förderungswerber und gilt als widerrufen, wenn die Annahme nicht binnen eines Monats ab Zustellung bei der Abwicklungsstelle einlangt.

Mit der Annahme des Förderungsangebots und Eingabe der GIS-Daten in der Web-GIS-Applikation des BMVIT kommt der Förderungsvertrag zustande, der insbesondere detaillierte Angaben zu Art und Umfang des Vorhabens, zu Auflagen und besonderen Förderungsbedingungen sowie zu Berichtspflichten und Rückzahlungsbedingungen enthält.

f. Einstellung und Rückforderung der Förderung

Förderungswerber sind zu verpflichten, die Förderung über schriftliche Aufforderung der haushaltsführenden Stelle oder der Abwicklungsstelle sofort zurückzuerstatten, wobei der Anspruch auf zugesicherte und noch nicht ausbezahlte Förderungsmittel erlischt, wenn einer der folgenden Rückforderungstatbestände vorliegt:

1. Organe oder Beauftragte des Förderungsgebers, der Abwicklungsstelle oder der EU sind von den Förderungsnehmern über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden; oder
2. von den Förderungsnehmern zugesagte Berichte sind nicht erstattet oder Nachweise sind nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte sind nicht erteilt worden – in diesen Fällen ist eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben – sowie sonstige in dieser Sonderrichtlinie vorgesehene Mitteilungen sind unterlassen worden; oder
3. die Förderungsnehmer haben nicht aus eigener Initiative unverzüglich – jedenfalls noch vor einer Kontrolle oder deren Ankündigung – Ereignisse gemeldet, welche die Durchführung der geförderten Leistung verzögern oder unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würden; oder
4. die Förderungsnehmer haben vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert oder die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraumes ist nicht mehr überprüfbar; oder
5. die Förderungsmittel sind von den Förderungsnehmern ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden; oder
6. das geförderte Projekt kann nicht rechtzeitig durchgeführt werden oder ist nicht rechtzeitig durchgeführt worden; oder
7. von den Förderungsnehmern ist das Abtretungs-, Anweisungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbot gemäß § 24 Abs. 2 Z 11 der Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014) nicht eingehalten worden; oder
8. die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes sind nicht beachtet worden; oder
9. das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz oder das Diskriminierungsverbot gem. § 7b BEinstG ist nicht berücksichtigt worden; oder
10. die Förderungsnehmer führen die ihnen obliegenden Publizitätsmaßnahmen gemäß § 31 ARR 2014 nicht durch; oder
11. von Organen der Europäischen Union wird die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt; oder

12. sonstige Förderungsvoraussetzungen, Bedingungen oder Auflagen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszwecks sichern sollen, sind von den Förderungsnehmern nicht eingehalten worden; bzw.
13. die Förderungsnehmer innerhalb der Betriebspflicht gem. VI. gegen das Verfügungsverbot i.S. des X. b) verstoßen haben, oder
14. das im Zuge der Antragstellung vorgelegte Standardangebot nicht erfüllt wurde.

Anstelle der nach den o.a. Rückforderungstatbeständen vorgesehenen gänzlichen Rückforderung kann bei einzelnen Tatbeständen eine bloß teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung vorgesehen werden, wenn

1. die vom Förderungsnehmer übernommenen Verpflichtungen teilbar sind und die durchgeführte Teilleistung für sich allein förderungswürdig ist,
2. kein Verschulden des Förderungsnehmers am Rückforderungsgrund vorliegt und
3. für den Förderungsgeber die Aufrechterhaltung des Förderungsvertrages weiterhin zumutbar ist.

Weiter ist eine Verzinsung des Rückzahlungsbetrages vom Tag der Auszahlung der Förderung an mit 4 vH pro Jahr unter Anwendung der Zinseszinsmethode zu vereinbaren. Liegt dieser Zinssatz unter dem von der Europäischen Union für Rückforderungen festgelegten Zinssatz, ist der von der Europäischen Union festgelegte heranzuziehen.

Für den Fall eines Verzuges bei der Rückzahlung der Förderung sind Verzugszinsen zu vereinbaren. Bei Verzug von Unternehmen sind diese mit 9,2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab Eintritt des Verzuges festzulegen, andernfalls mit 4 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz, mindestens jedoch 4 vH. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgebend.

Sofern die Leistung ohne Verschulden des Förderungsnehmers nur teilweise durchgeführt werden kann oder worden ist, kann der Förderungsgeber vom Erlöschen des Anspruches und von der Rückzahlung der auf die durchgeführte Teilleistung entfallenden Förderungsmittel Abstand nehmen, wenn die durchgeführte Teilleistung für sich allein förderungswürdig ist.

Es ist mit den Förderungsnehmern weiters zu vereinbaren, dass die Förderung unter den Voraussetzungen gem. § 25 Abs. 7 ARR 2014 gekürzt werden kann.

Weiters ist die Gewährung einer Förderung, deren Begünstigter ein Dritter ist, grundsätzlich davon abhängig zu machen, dass dieser Dritte vor Abschluss des Förderungsvertrages nachweislich die Solidarhaftung (§ 891 ABGB) für die Rückzahlung der Förderung im Fall des Eintritts eines Rückzahlungsgrundes übernimmt.

Eine Veräußerung von geförderter Infrastruktur bedarf bis zum Ende der Betriebspflicht gemäß VI. der Genehmigung des Förderungsgebers; das Vorhaben ist gegenüber der Abwicklungsstelle rechtzeitig darzulegen. Die Zulässigkeit einer Veräußerung ist davon abhängig zu machen, ob es sich beim Erwerber der geförderten Infrastruktur um ein förderungsfähiges Unternehmen nach dieser Sonderrichtlinie handelt und dieses bestätigt, dass der Förderungszweck gemäß den Bestimmungen des Förderungsvertrages uneingeschränkt erhalten bleibt.

Im Falle einer Veräußerung tritt der Käufer an die Stelle des Förderungsnehmers und wird somit neuer Vertragspartner des Förderungsgebers.

Die Entscheidung über eine Einstellung, eine kostenneutrale Verlängerung der Projektdauer, eine anteilige Erweiterung des Projektumfanges, über Aufschiebung, Kürzung oder Rückforderung der Förderung (bzw. Teilen derselben) trifft jedenfalls die haushaltsführende Stelle in Abstimmung mit der Abwicklungsstelle.

Die Abwicklungsstelle ist weiters mit dem Betreiben außergerichtlicher Rückforderungen zu betrauen.

Mechanismus zur ausgewogenen Aufteilung unerwarteter Einnahmen

Bei Vorhaben mit förderbaren Kosten von mehr als 10 Mio. Euro ist der Förderungsnehmer zu verpflichten, entweder die Förderung zurückzuzahlen, oder die überplanmäßigen Nettoeinnahmen zu denselben Bedingungen, die für das ursprüngliche Vorhaben galten, in den Netzausbau zu investieren, wenn drei Jahre nach Abrechnung des Vorhabens die tatsächlichen Nettoeinnahmen die im Förderungsansuchen angegebenen potenziellen Nettoeinnahmen um mehr als 30 % überschreiten. Dazu hat der Förderungsnehmer für den Bereich der erhaltenen Förderungsmittel eine getrennte Buchführung vorzunehmen.

IX. Kontrolle, Auszahlung und Evaluierung

Die Kontrolle und die Entscheidung über die Auszahlung erfolgt im Wirkungsbereich der Abwicklungsstelle im Auftrag der haushaltsführenden Stelle und nach den geltenden nationalen haushaltsrechtlichen Bestimmungen beziehungsweise den ARR 2014.

a. Verwendungsnachweis

Die Förderungsnehmer sind zu verpflichten, über die Durchführung der Leistung innerhalb einer zu vereinbarenden Frist zu berichten. Dazu ist der Abwicklungsstelle ein Verwendungsnachweis, bestehend aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis, zu übermitteln.

Wird mit dem Abschluss der Leistung nicht innerhalb des Finanzjahres gerechnet, in dem die Förderungsgewährung erfolgt, ist der Förderungsnehmer verpflichtet, mindestens einmal jährlich einen Zwischenbericht zu legen.

Die Berichtspflicht erstreckt sich auch auf die Verwendung eigener finanzieller Mittel, sowie auf etwaige von einem anderen Rechtsträger erhaltene finanzielle Mittel.

Aus dem Sachbericht muss insbesondere die Verwendung der gewährten Förderung, sowie der nachweisliche Bericht über die Durchführung der geförderten Leistung und der dadurch erzielte Erfolg hervorgehen (z.B. Fotodokumentation zu den Ausbaustrecken).

Sofern für den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel die Verwendung personenbezogener Daten erforderlich ist, ist der Förderungswerber im Förderungsvertrag zu verpflichten, die diesbezüglichen personenbezogenen Daten zu übermitteln.

Dokumentation der Lage der geförderten Infrastruktur

Mit der Annahme des Förderungsangebots sind die dem Förderungsvertrag entsprechenden GIS-Daten in der WebGIS-Applikation des BMVIT einzugeben.

Die Lage der geförderten Infrastruktur muss mit Betriebsfreigabe beziehungsweise spätestens acht Wochen nach Abschluss der Arbeiten mittels der Web-GIS-Applikation des BMVIT dokumentiert sein und kann von der Zentralen Informationsstelle für Infrastrukturdaten (ZIS) übernommen werden.

Das Standardangebot ist mit Betriebsfreigabe auf der Website des Förderungsnehmers zu veröffentlichen. Eigentümer oder Nutzungsberechtigte der geförderten Infrastruktur müssen den an der Mitbenutzung interessierten Netzbetreibern alle erforderlichen Informationen auf Anfrage innerhalb von vier Wochen zur Verfügung stellen.

b. Zahlungsantrag

Der zahlenmäßige Nachweis muss eine durch Originalbelege nachweisbare Aufgliederung aller mit der geförderten Leistung zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben umfassen.

Die Übermittlung von Belegen kann grundsätzlich auch in elektronischer Form vorgesehen werden, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe gewährleistet ist, und die Einsichtnahme in die Originalbelege oder deren nachträgliche Vorlage vorbehalten werden.

In diesen Fällen muss die Prüfung des Zahlungsvollzuges durch die Abwicklungsstelle im Förderungsakt bestätigt werden.

c. Prüfung und Auszahlung

Die Auszahlung der Förderung hat durch die Abwicklungsstelle grundsätzlich aufgrund des Projektfortschritts sowie nach Prüfung und Abnahme der vom Förderungsnehmer vorgelegten Nachweise im Nachhinein durch Überweisung auf das vom Förderungswerber im Förderungsansuchen angegebene Namenskonto zu erfolgen.

Unter Anwendung des § 43 Abs. 2 ARR 2014 können nach Maßgabe des Bedarfes Teilzahlungen i.d.H von maximal 25 % der zugesagten Förderung bereits nach Abschluss des Förderungsvertrages vereinbart werden. Weitere Teilzahlungen sind erst dann auszubezahlen, wenn ein Verwendungsnachweis über den bereits ausbezahlten Teilbetrag erbracht worden ist, wobei die Auszahlung von mindestens 10 % des insgesamt zugesicherten Förderungsbetrages grundsätzlich erst nach erfolgter Abnahme des abschließenden Verwendungsnachweises vorzubehalten ist.

Bei der Festlegung der Auszahlungstermine ist auf die Verfügbarkeit der erforderlichen Bundesmittel Bedacht zu nehmen.

Für die Dauer des Vorliegens von Umständen, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Projektes nicht gewährleistet erscheinen lassen, kann die Auszahlung der Förderung aufgeschoben werden.

Werden die vorgesehenen förderbaren Kosten unterschritten und sind die Förderungsvoraussetzungen weiterhin gegeben, verringert sich die Förderung aliquot. Dies ist dem Förderungsnehmer durch die Abwicklungsstelle schriftlich mitzuteilen.

Eine Verlängerung der Förderzusage um in Jahr ist zulässig, wenn die Ausführung der Leistung ohne Verschulden des Förderungsnehmers eine Verzögerung erfahren hat und die Förderungswürdigkeit der Leistung weiterhin gegeben ist.

Datenverwendung

Die Förderungswerber nehmen sowohl im Förderungsansuchen als auch im Förderungsvertrag zur Kenntnis, dass die haushaltsführende Stelle und die Abwicklungsstelle berechtigt sind,

1. die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verwenden, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der der haushaltsführenden Stelle gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist;
2. die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihm selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen

zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, sowie Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen.

Zur Geltendmachung der Rechte als Betroffener gemäß Datenschutzgesetz ist ein schriftlicher Antrag bei der Abwicklungsstelle einzubringen.

Die Förderungswerber nehmen weiter zur Kenntnis, dass es dazu kommen kann, dass Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 BHG 2013 sowie § 14 ARR 2014) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen.

Die Förderungswerber nehmen weiter zur Kenntnis, dass die haushaltsführende Stelle auf einer zentralen Website ausführliche Informationen zum geförderten Vorhaben analog zu den Bestimmungen des Artikel 9 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission (Gruppenfreistellungsverordnung) veröffentlicht.

Aufbewahrung von Unterlagen

Die Förderungnehmer sind verpflichtet, alle die Förderung betreffenden Aufzeichnungen und Unterlagen zehn Jahre ab Ende des Jahres der Endauszahlung der Förderung sicher und überprüfbar aufzubewahren. Gleiches gilt für die Abwicklungsstelle.

d. Monitoring, Evaluierung

Das laufende Monitoring wird durch die Abwicklungsstelle wahrgenommen.

Nach Ende der Geltungsdauer dieser Sonderrichtlinie erfolgt eine Abschlussequalierung sowie Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkung durch unabhängige Experten im Auftrag der haushaltsführenden Stelle.

Zur allfälligen Anpassung der Förderungsmaßnahme können seitens der haushaltsführenden Stelle Zwischenevaluierungen beauftragt werden.

e. Programmsteuerung, Lenkungsausschuss

Zur Programmsteuerung kann von der haushaltsführenden Stelle (BMVIT) ein Programmkomitee eingerichtet werden, welches aus Vertretern des BMVIT und der Abwicklungsstelle zusammensetzt ist.

Zur bundesweiten Abstimmung von Breitbandmaßnahmen im Sinne der Umsetzung der Breitbandoffensive des BMVIT kann weiters bei der haushaltsführenden Stelle ein Lenkungsausschuss eingerichtet werden, der sich aus Vertretern des BMVIT und den Breitbandbeauftragten der Bundesländer zusammensetzt und eine beratende Rolle wahrnimmt.

X. Geltungsdauer, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Die Bestimmungen dieser Sonderrichtlinie treten mit Veröffentlichung in Kraft und gelten für Verträge, die bis zum 31.12.2020 abgeschlossen werden. Der Auszahlungszeitraum erstreckt sich bis zum 31.12.2024.

a. Veröffentlichung

Diese Sonderrichtlinie wird im Amtsblatt der Wiener Zeitung und auf der Website des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie veröffentlicht.

b. Verbot der Abtretung, Anweisung, Verpfändung und sonstigen Verfügung

Die Abtretung von Förderungen sowie Anweisung, Verpfändung von oder sonstige Verfügung über Forderungen der Förderungsnehmer aufgrund von Förderungszusagen nach dieser Sonderrichtlinie ist der Republik Österreich gegenüber unwirksam.

c. Gerichtsstand

Als Gerichtsstand in allen aus der Gewährung einer Förderung nach dieser Sonderrichtlinie entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist das sachlich zuständige Gericht in Wien vorzusehen. Der Republik Österreich ist es vorbehalten, die Förderungsnehmer auch bei seinem allgemeinen Gerichtsstand zu belangen.